

Desaster bei den Kommunalfinanzen wird sich fortsetzen

Es ist ein politisches Versagen sondergleichen - das Desaster bei den Kommunalfinanzen. Meine Kleine Anfrage an die Landesregierung macht deutlich, dass die Landesregierung nicht verstanden hat, wie dramatisch die Lage ist, wie eklatant unterfinanziert die Kommunen sind und was das für gravierende Auswirkungen auf unsere Demokratie haben wird.

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz bleibt dramatisch, da die Landesregierung keine ausreichenden strukturellen Verbesserungen vorsieht und auch nicht bereit ist nachzubessern. Viele Sachverständige und der Landesrechnungshof weisen schon lange darauf hin, dass die geplanten Zuschüsse und Investitionshilfen für die Gemeinden bei weitem nicht ausreichend sein werden. Denn die Kommunen müssen zum einen zu viele Aufgaben des Bundes übernehmen, für die sie gar kein Geld haben. So lag das Defizit der rheinland-pfälzischen Kommunen allein im ersten Halbjahr 2025 bei 1,57 Milliarden Euro. Gleichzeitig fehlen den Kommunen laut einer DGB-Studie z.B. für die Instandhaltung allein der Straßen, Brücken und Radwege jährlich 1,75 Milliarden. Dieses Problem ist hausgemacht - durch eine vollkommen fehlgeleitete fatale Politik von SPD, Grünen, FDP und CDU, im Bund sowie im Land. Es ist eine Frechheit, dass die Landesregierung das Problem mit Arbeitsgruppen und einer Stabsstelle lösen will. Sie argumentiert so, als gäbe es da dieses kleine Problemchen, das man löst, indem sich drei schlaue Genossen mal ein paar Gedanken über die Zukunft machen. Das wird dramatische Folgen für unsere Demokratie haben, denn viele Menschen haben das Gefühl, dass die Altparteien keinen Willen für Veränderungen aufbringen, dass sich nichts grundlegend ändert und dadurch Schwimmbäder geschlossen werden, es in der Schule reinregnet oder die Straße kaum mehr befahrbar ist.

Die Kommunen sind die Schaltstellen der Demokratie - wir müssen diese schützen und sie finanziell ordentlich ausstatten. Was vor Ort nicht funktioniert, spüren die Menschen am schnellsten. Wir brauchen keinen großen Verwaltungsapparat oder diverse Fördertöpfe. Was wir brauchen, ist eine kommunale Gebietsreform und schlankere bürokratische Strukturen. Wir brauchen eine Vermögensteuer für Superreiche. Allein das würde dem Land eine Milliarde jährlich für seine Kommunen einbringen. Wir brauchen die Zusage des Bundes, dass Gesetze, die dieser verabschiedet, auch finanziell gegengerechnet sind. Ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz oder einen Ganztagsplatz in der Schule ist gut und wichtig, aber er muss eben auch bezahlt werden - die Kommunen können diese Leistungen nicht erbringen.

Weitere Mitteilungen unter www.andreas-hartenfels.de

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)
fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de

Bündnis Sahra Wagenknecht